

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt • Vereinigung der Liberalen und des Gewerbes •
Liberal-demokratische Partei Riehen/Bettingen • Jungliberale Basel

Nationalrats-Wahlen 2011 Der „Captain“ mit einem starken Team

Sozusagen als „Captain“ führt Regierungsrat Christoph Eymann die Fünfer-Liste der Liberal-Demokraten als Spitzenkandidat an. Ihm zur Seite steht ein starkes Team mit dem Parteipräsidenten und drei aktiven Mitgliedern der LDP-Fraktion im Grossen Rat.



Bei der Nomination des „Fünfer-Tickets“, mit dem die Liberal-Demokraten in die Wahlen für den Nationalrat ziehen, zeigte sich einmal mehr, über welch grosse Anzahl von valablen „Köpfen“ die Partei verfügt. Es war nicht einfach, das Team um „Captain“ Christoph Eymann zusammen zu stellen - und es wären durchaus auch andere in Frage gekommen. Denken wir etwa an die junge Vizepräsidentin Steffi Thomann, an Andreas Albrecht oder Conradin Cramer. Mit der jetzigen Auswahl ist die LDP aber zweifellos gut aufgestellt und kann einen erfolgsversprechenden Wahlkampf führen. Die Ausgangslage präsentiert sich dabei so spannend wie schon lange nicht mehr, stehen sich doch dieses Mal nebst den traditionellen Lagern „Bürgerliche“ und

„Links-Grün“ auch noch ein Sammelsurium aus der selbst ernannten „Mitte“ gegenüber.

Breit abgedecktes Spektrum

Trotz dieses neuen Umfeldes gibt es aber keinen Grund pessimistisch zu sein. Das LDP-Ticket deckt ein breites Spektrum mit viel Sachkompetenz ab. Seien es Energie und Kultur (H. Vischer), Gewerbe- und Steuerpolitik (Chr. Bürgermeier), Kinder- und Bildungspolitik (P. von Falkenstein) oder Sicherheit (A. Auderset). Und dazu kommen die Kompetenz und Erfahrung von Christoph Eymann, der ja bereits einmal im Nationalrat sass. Qualität ist also gegeben, nun muss sie noch in Quantität - sprich: Stimmen - umgesetzt werden. Angesichts der veränderten Ausgangslage ist

die Mobilisierung aller unserer Wählerinnen und Wähler besonders wichtig - es bietet sich aber auch eine besonders gute Chance. Deshalb:

Echt Liberale wählen Liste 3

Ständeratswahlen: keine Empfehlung

Zur Wahl eines Ständerates für unseren Kanton hat die Parteiversammlung nach engagierter Diskussion ausdrücklich keine Empfehlung beschlossen. Die LDP hält es für unabdingbar, dass sich die bürgerlichen Parteien auf EINEN Kandidaten einigen. Umso bedauerlicher ist es, dass es dieses Mal nicht gelungen ist. Zwar hatten sich die Parteipolitiker auf eine Person geeinigt, doch verliess einer der Partner kurz darauf die bürgerliche Allianz. Für die LDP bestand daraufhin eine schwierige Lage. Einerseits hatten sich namhafte Persönlichkeiten bereits deutlich für den gemeinsamen Kandidaten ausgesprochen. Ihnen war nicht zuzumuten, von ihrem einmal gegebenen Wort abzuweichen. Andererseits war mit dem Präsidenten der Schwesterpartei FDP plötzlich ein zweiter Kandidat im Rennen. In dieser verwickelten Lage war der Entscheidung, auf eine Empfehlung zu verzichten, die einzige Alternative - wenn auch eine sehr unbefriedigende!

Der Vorstand

Inhalt

Mit einem starken Team in die Nationalrats-Wahlen	1
Ständerats-Wahlen: Keine Empfehlung	1
Das LDP-Team im einzelnen:	
- Regierungsrat Christoph Eymann	2
- Grossrätin Patricia von Falkenstein	3
- Grossrat André Auderset	4
- Parteipräsident Christoph Bürgermeier	5
- Grossrat Heiner Vischer	6
Das Team der Jungliberalen	7
Der Leistungsausweis der Kandidierenden	8
Starke LDP-Podien	8
Jede Stimme zählt	8
Impressum	8

Christoph Eymann: Weshalb ich für den Nationalrat kandidiere

Immer mehr politische Geschäfte mit Auswirkungen auch auf unseren Kanton werden in Bern entschieden. Nehmen wir als Beispiele die Berufsbildung oder die Universitäts- und Fachhochschul-Politik. In allen diesen Bereichen engagiert sich der Bund zu wenig. Auch die Finanzen für unsere Universität, die Fachhochschulen und auch die ETH reichen nicht aus, um diese Hochschulen im internationalen Wettbewerb in der Spitzengruppe zu platzieren. Ein kantonales Exekutivmitglied im Bundeshaus kann in diesen wichtigen Punkten viel bewegen und hat leichter Zugang zu den entscheidenden Stellen. Deshalb kandidiere ich für den Nationalrat.

Landwirtschaft und Produktion in der Industrie sind in der Schweiz eher rückläufig. Gefordert sind beste Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in allen Bereichen. Wissen und Wissensvermittlung haben an Bedeutung gewonnen. Die Institutionen, welche dies sicherstellen, sind unsere Schulen – vom Kindergarten bis zur Universität und der Fachhochschule, vergessen wir nicht unsere Berufsschulen.

Bund darf sich nicht drücken

Seit wenigen Jahren kann der Bund mehr mitgestalten in der Bildungspolitik als früher; damals war für die Bildung fast ausschliesslich der Kanton zuständig. Man kann aber keine Bereitschaft des Bundes wahrnehmen, diesen ausserordentlich wichtigen Politik-Bereich führend zu gestalten. Es ist sicher richtig, den Lead bei den Kantonen zu belassen. Dennoch müsste der Bund interessiert sein daran, dass Schule, Berufsausbildung und

Hochschulbildung sich weiter entwickeln können. Der Bund müsste Vergleiche anstellen zu den Bildungssystemen anderer Länder, aus welchen die Konkurrenz auf den Arbeitsmarkt kommt. Der Bund müsste Anreize setzen, neue Forschungsgebiete erschliessen zu können, die dann vielleicht einmal wirtschaftlich genutzt werden können. Der Bund müsste die forschende Industrie in seine Hochschulpolitik einbeziehen, was heute praktisch nicht geschieht. Wenn die forschende Industrie in Basel regelmässig von Vertretern des Forschungs-Standortes Singapore befragt wird, was an Forschungseinrichtungen dort zusätzlich aufgebaut werden soll, so müsste das Herr Bundesrat Burkhalter animieren, sich auch darum zu kümmern. Das duale System der Berufsbildung in der Schweiz wird weltweit bewundert. Das hohe Niveau, welches gelernte Berufsleute erreichen, ist das Resultat einer engen

Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Wirtschaft, insbesondere des Gewerbes. Ist es richtig, die Meisterausbildung nicht durch den Bund zu subventionieren? Darf die Gesellschaft den Anspruch stellen, ein Ausbildungsbetrieb müsse selbst für die Kosten der Meisterausbildung aufkommen oder – was üblich ist – der Aspirant selbst muss die Kosten tragen? Hier sind Korrekturen nötig – ebenso nötig wie bei der Finanzierung der Fachhochschulen und der Universitäten.

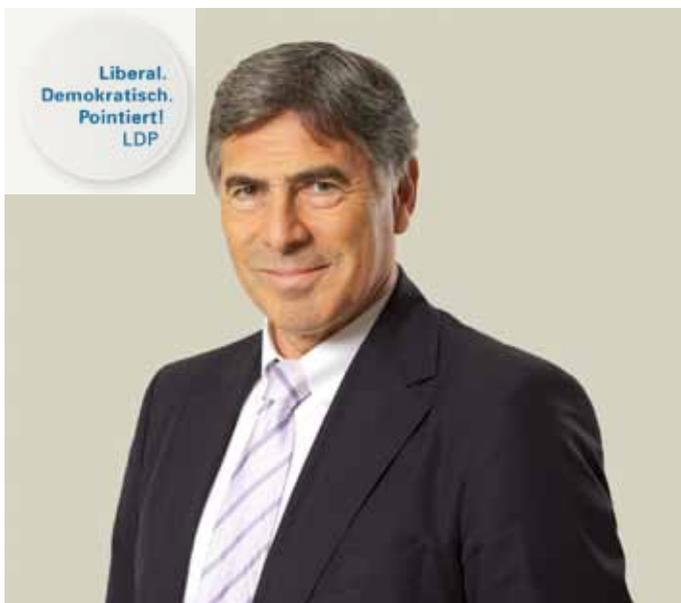
In vielen Dossiers zuhause

Als Regierungsrat sind mir auch die Dossiers aus anderen Departementen vertraut, in welchen die Mitwirkung von Bundesbern erforderlich ist. Sei es die Verkehrsinfrastruktur, die Preisgestaltung im Gesundheitsbereich (mit unakzeptablen Ideen der Preisdrückerei bei Arztpraxen und gegenüber der Pharmaindustrie), das Bewilligungswesen für ausländische Spezialisten usw. Als Mitglied des Nationalrats ist es leichter und insbesondere schneller möglich, ein Gespräch mit Mitarbeitenden der Bundesverwaltung zu führen oder mit einem Mitglied des Bundesrates. Man ist näher dran. In Basel beklagen wir uns oft über fehlenden Einfluss in Bundesbern. Es gibt Ideen, einen ständigen Vertreter des Kantons mit Lobby-Arbeit in Bern zu beauftragen, man spricht von Netzwerken die erstellt werden sollen. Jetzt gibt es aber die Möglichkeit, durch einen Regierungsrat direkt in Bern Einfluss zu nehmen – wenn er im Nationalrat mitwirken kann. Ich war ja zu Beginn meiner

Tätigkeit als Regierungsrat Mitglied des Nationalrates. Damals bin ich nach kurzer Zeit aus dem Eidgenössischen Parlament zurückgetreten; die doppelte Belastung wäre nicht leistbar gewesen. Heute, mit zehnjähriger Berufserfahrung im Erziehungsdepartement, mit ausgezeichneten Mitarbeitenden und wichtigen Gesetzesrevisionen, die eingeleitet sind, betrachte ich ein Nebeneinander von Regierungs- und Nationalratsmandat als machbar. Es kommt hinzu, dass im Erziehungsdepartement bis vor wenigen Jahren noch der Bereich „Kultur“ beheimatet war; es gab also schon eine Zeit mit höherer Belastung für mich. Das Organisationsgesetz sieht vor, dass ein Mitglied der Regierung im Nationalrat und eines im Ständerat sein dürfen. Es gibt auch prominente Beispiele von Inhabern beider Mandate: Moritz Leuenberger war längere Zeit Zürcher Regierungsrat und Nationalrat.

Ungebunden politisieren

Ein Liberaler Nationalrat könnte in Bern – auch wenn er in der Fraktion der FDP mitwirkt – völlig ungebunden auftreten und die erwählten Missstände angehen. Ohne Rücksicht auf einen oder mehrere „eigene“ Bundesräte. Die LDP macht nicht mit bei fragwürdigen Allianzen von Parteien, die vor allem das Ziel verfolgen, den Sitz einer Bundesrätin zu sichern. Anders als diese Gruppierungen wollen die Kandidierenden der Liberal-demokratischen Partei die Interessen Basels im Bund vertreten, keine Bundesrats-Wahltaktiererei, kein Zelebrieren des eher sinnleeren Begriffes „Mitte“, sondern liberal, demokratisch, pointiert! Es gibt aber auch noch einen weiteren Grund für meine Kandidatur. Die Liberal-demokratische Partei muss in Basel eine Zukunft haben. Wir müssen beweisen, wie wichtig die Existenz der Original-Liberalen ist. Unsere Partei hat in der Zeit ihres Bestehens – das sind mehr als 100 Jahre – immer wieder hervorragende Persönlichkeiten in die verschiedenen



politischen Ämter delegiert. Die Regierungsräte Zschokke, Burckhardt, Facklam, Vischer, die Nationalräte Oeri, Linder, Burckhardt, Christine Wirz-von Planta, dann auch die Grossratsmitglieder Hans Ruedi Bachmann, Thomas Bally, Samuel Baumgartner, Claude Beranek, Markus Bühler, Andreas Burckhardt, Edith Buxdorf, Bernhard Christ, Marianne Dubach, Jürg Eichenberger, Simone Forcart, Susanne Haller, Suzanne Hollenstein, Martin Hug, Maria

Iselin, Maire-Agnes Massini, Peter Mathys, Albi Meyer, Felix Andreas Oeri, Eleonore Schaub, Stephan Schiesser, Theo Seckinger, Ruedi Sarasin, Elisabeth Simonius, Thomas Staehelin, Jürg Steib, Irene Stroux, Donald Stüchelberger, Hansruedi Thomann, Lucie Trevisan, Guido Utzinger, Ueli Vischer, Rudolf Vonder Mühl, Alex Weil, Peter Zahn, Peter Zinkernagel, sowie die heutige Grossratsfraktion mit Andreas Albrecht, André Auderset, Conradin Cramer, Patricia von

Falkenstein, Thomas Mury, Thomas Mall, Thomas Strahm, Heiner Vischer, Christine Wirz und viele ausgezeichnete Bürgerratsmitglieder und Bürgergemeinderätinnen und -räte. Vergessen wir auch die Gemeindebehörden von Riehen und Bettingen nicht und auch nicht die hervorragenden Gerichtspräsidentinnen und -Präsidenten sowie Richterinnen und Richter; auch in diesen Gremien leisteten und leisten LDP-Verteterinnen und -Vertreter überdurchschnittliche

Arbeit. Anlass zur Zuversicht geben uns die Jungliberalen, welche erfolgreich aktiv und frisch Politik machen. Wenn die LDP – mit Ihrer Hilfe (es wäre wichtig und hilfreich, wenn Sie 20 oder mehr Bekannte überzeugen könnten, die Liste 3 „Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt“ oder die Liste 23 „Jungliberale Basel“ einzulegen) als Gewinner dieser Wahlen hervorgehen könnte, ergäbe dies eine ausgezeichnete Ausgangslage für die Zukunft unserer Partei!

Patricia von Falkenstein: Individuelle Freiheit – ein wichtiges Anliegen

Die beiden zentralen Begriffe der Liberal-demokratischen Grundidee heissen Selbstbeschränkung und Eigenverantwortung.

Wenn ich meine Macht, den Radius meiner Kreise selbst so einschränke, dass andere dadurch nicht beeinträchtigt werden, braucht es keine Reglementierung. Wenn ich mein Verantwortung hinsichtlich der personellen und materiellen Umwelt wahrnehme, entfällt die Notwendigkeit für staatliche Vorschriften.

Grundidee bleibt aktuell

Das ist freilich etwas zu ideal beschrieben. Die Grundideen sind dennoch aktuell. Wir leiden an zu vielen Vorschriften und Gesetzen. Ein Beispiel: Als Präsidentin des Vereins für

Kinderbetreuung Basel brauche ich für das Funktionieren der Mütter- und Väterberatung die Adressen der Eltern von Neugeborenen, damit ich den Leistungsauftrag des Kantons erfüllen kann, alle Eltern von Neugeborenen zu kontaktieren und auf unsere Dienstleistungen aufmerksam zu machen. Dazu muss das federführende Departement erst eine Verordnung über die Verwendung der Daten entwerfen, die nach Prüfung durch den Datenschutz-Verantwortlichen des Kantons vom Regierungsrat beschlossen werden muss. Wie wäre es, wenn wir uns verpflichten

würden, die Adressen nur für die Kontaktierung der Eltern zu verwenden, anstatt die Bürokratie aufzublähen? Weshalb nicht in die Eigenverantwortung der Partner Vertrauen haben? Wir haben in unserem Kanton offenbar keine grösseren Sorgen als diese!

Selbst- statt Fremdbestimmung

Wenn ich als Mutter meine Kinder in eine Tagesschule schicken möchte, dann will ich nicht, wie das die politische Linke gefordert hat, ein festes Angebot, sondern ein flexibles, ich möchte selbst bestimmen, ob und wann ich die Kinder den ganzen Tag in der Schule haben möchte. Die Freiheit soll nicht eingeschränkt werden. Ich möchte auch die Wahl haben zwischen Fremdbetreuung der Kinder und der Möglichkeit, in der Familie selbst bestimmen zu können wie die Betreuung der Kinder aufgeteilt wird. Dazu braucht es nicht nur die Mitwirkung des Staates mit Tagesbetreuungsangeboten, dazu braucht es auch die Flexibilität der Arbeitgeber und die Wahrnehmung deren Eigenverantwortung, welche verhindert, dass jemand auf die Idee kommt, dies gesetzlich vorschreiben zu wollen. Teilzeitstellen sollen vermehrt angeboten werden. Dies hilft, dass gut ausgebil-

Ich über mich in Kürze

Ich bin 1961 geboren, meine Kinder heissen Annina und Benjamin. Nach meinem Jus-Studium habe ich für das Parteisekretariat und dann für die Messe Basel gearbeitet. Von 1997 – 2006 war ich Richterin am Strafgericht, seither bin ich im Grossen Rat. Ich bin in vielen Vereinen die sich um Kinder und Jugendliche kümmern ehrenamtlich tätig und ausserdem Schulratspräsidentin der WBS Mücke. Für mehr Informationen lade ich Sie gerne ein auf meine Homepage www.patriciavonfalkenstein.ch.

dete Frauen der Berufswelt erhalten bleiben. Wir wissen, dass die Multitasking-Gewohnheit einer Mutter auch einem Unternehmen nützlich sein kann; wer Kinder erzogen hat, ist nicht so leicht aus der Fassung zu bringen. Es ist aber auch wichtig, Teilzeit-Anstellungen für Väter zu haben, das ist für unsere Gesellschaft noch etwas ungewohnt, wird sich aber auch durchsetzen. Wichtig ist die Wahlfreiheit der Einzelnen.

Freiheitsbegriff hochhalten!

Die Liberalen haben den Freiheits-Begriff immer hoch gehalten, ohne ihn sklavisch zu verfolgen. Es kann auch Situationen geben, in denen eine Beschränkung der individuellen Freiheit angezeigt ist. Wenn aber die eigene Freiheit selbstbeschränkend begrenzt wird durch die Ausübung der Freiheiten anderer, gewinnt unsere Gesellschaft.



André Auderset: Sicherheit muss wieder Trumpf sein!

Einer der wichtigen Trümpfe der Schweiz war, dass man sich überall und zu jeder Zeit sicher bewegen konnte und die Kriminalitätsrate geradezu paradiesisch niedrig war. Dieser, weitgehend verspielte Standortvorteil muss wieder hergestellt werden. Dabei spielt neben der Sicherheits- auch die Ausländerpolitik eine wichtige Rolle.

Nicht nur Ältere werden sich erinnern: Zwei Eigenschaftswörter, die eng mit dem Begriff „Schweiz“ verbunden waren, hiessen Sauberkeit und Sicherheit. Was das positive Bild der sauberen Schweiz angeht, so muss man lediglich am Sonntag-Morgen am Rhein entlang oder über den Barfüsserplatz gehen, um festzustellen, dass es der Vergangenheit angehört. Nun droht dasselbe auch mit der früher fest verankerten Vorstellung einer sicheren Schweiz.

No-Go-Areas in der Schweiz...

Der „Super-Gau“ ereignete sich diesen Sommer. Die in Genf ansässige UNO warnte in einer internen Weisung ihre Mitarbeitenden, gewisse Quartiere der Calvin-Stadt zu bestimmten Zeiten nicht zu betreten, da sonst ihre Sicherheit gefährdet sei. Man

muss es sich vorstellen (leider muss man es!): No-Go-Areas, wie man sie aus US-Grossstädten oder allenfalls noch Pariser und Londoner Rand-Quartieren kennt - nun auch in der „sicheren“ Schweiz? Nicht mehr überall hingehen zu können: Das ist wirklich ein «No-Go»!.

...und sogar in Basel

Man muss aber gar nicht erst bis an den Genfersee gehen. Der hier Schreibende hatte eine Podiumsveranstaltung veranstaltet und sich gewundert, warum nur relativ wenige Leute den Weg zur prominent besetzten Diskussionsrunde fanden. Einige Rückfragen bei den Treuesten der Treuen ergab schnell den Fehler des Organisers: Als Veranstaltungsort hatte er einen Fasnachtskeller in der Klybeckstrasse gewählt. Und

dahin gehen vor allem ältere Personen nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr, dies ergaben viele Reaktionen. Man hat Angst, gewisse Orte zu gewissen Zeiten zu betreten - auch in Basel! Hier ist ein Problem vorhanden, dass nicht durch Verharmlosen und Verwedeln gelöst werden kann. Es ist auch kein Trost, dass es an anderem Ort „noch viel schlimmer“ sei. Es gilt nun, rasch und konsequent zu handeln. Wenn von Polizeikommandanten zu hören ist, dass gesamtschweizerisch Tausend Polizisten und Polizistinnen fehlen, so ist dies ernst zu nehmen.

Zum zweiten sind der Polizei das Vertrauen und die Mittel zu geben, um ihren Auftrag erfüllen zu können. In diesem Zusammenhang ist es penibel, wenn die Linke in „mehr Polizisten“ eine Gefahr für den Staat sieht statt eine Chance zur Beseitigung von Gefahren. Wenn etwa in Basel die Installation von Kameras aus „Datenschutz“-Gründen von Links-Grün verhindert werden soll. Hier wird nicht Daten- sondern Täterschutz betrieben und die Verhinderer müssen sich die Frage gefallen lassen, welche Klientel sie im Parlament eigentlich vertreten.

Konsequent handeln!

Und schliesslich müssen klare und konsequent gehandhabte Gesetze vorhanden sein. Dabei muss nicht nur die Sicherheitspolitik überprüft werden, sondern auch die Ausländerpolitik. Selbstverständlich ist Kriminalität kein ausschliessliches Ausländerproblem; auch Schweizerinnen und Schweizer begehen Straftaten. Im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil sind aber gewisse Gruppen von Fremden ungewöhnlich stark in den Gefängnissen und den Täter-Statistiken vertreten.

Ich über mich in Kürze

Ich bin 52 Jahre alt, ledig und kinderlos. An der hiesigen Universität bestand ich das Lizenziat der Rechte, betätigte mich aber zunächst als Journalist im Print und beim Radio. Danach war ich sieben Jahre Assistent des damaligen Regierungsrates Jörg Schild, bevor ich zur heutigen Aufgabe als Geschäftsführer des Schweizer Binnenschiffverkehrsverbandes wechselte. Daneben kommentiere ich im Sportbereich fürs Radio. Ich bin seit 2010 im Grossen Rat. Eine Leidenschaft ist das Faschnächtliche: als Gründer von «Basler Fasnacht Online» und während 10 Jahren Präsident der BSG.

Ganz generell aber ist der Problembereich „Einwanderung“ grundlegend zu überprüfen. Die Schweiz braucht Arbeitskräfte und heisst diejenigen willkommen, die bereit sind, ihren Lebensunterhalt auch zu verdienen und zu ihrem wie dem Wohlstand ihres Gastlandes beizutragen. Wer aber lediglich die Absicht hat, von den Segnungen des Schweizer Sozialstaates zu profitieren, dem sollen klare Grenzen aufgezeigt werden - am besten die Landesgrenzen! Ebenfalls willkommen sind in der Schweiz diejenigen, die echt schutzbedürftig sind. Sie sind aber - schon in ihrem eigenen Interesse - aus der Masse derjenigen zu identifizieren, die unter dem Deckmantel des Asylrechts blosse Wirtschaftsflüchtlinge sind. Fazit: Es braucht eine ausreichende Zahl von Polizistinnen und Polizisten. Es braucht das Vertrauen in diese Ordnungskräfte und das Zurverfügungstellen aller notwendigen Mittel. Es braucht vor allem eine klare und konsequente Politik in den Bereichen Sicherheit und Ausländerrecht. Dafür setze ich mich ein, im Basler Rathaus und - wenn Sie wollen - auch im Bundeshaus. Liberal - demokratisch - pointiert!



Die Sicherheit ist einer der Standortvorteile der Schweiz - dieser darf nicht preisgegeben werden.

Christoph Bürgenmeier: Politik soll ermöglichen, nicht behindern

Die Schweizer Wirtschaft und das Gewerbe müssen sich im zunehmenden internationalen Wettbewerb behaupten können. Dies betrifft auch das lokale Gewerbe, dass sich im Wettbewerb mit der Konkurrenz jenseits der Genze befindet. Die „hausgemachten“, d.h. von der Politik beeinflussbaren Rahmenbedingungen müssen es ermöglichen und erleichtern, in diesem Wettbewerb zu bestehen

Das Gewerbe und allgemein die Schweizer Wirtschaft haben des zur Zeit alles andere als leicht. Wer für ausländische Kunden produziert, kämpft mit dem durch die Finanzkrise in diversen Ländern herrschenden Nachfragerückgang und mit dem starken Franken, der die Schweizer Produkte innert kürzester Zeit massiv verteuerte.

Konkurrenz ist nahe

Und wer in der Nordwestschweiz Produkte und Dienstleistungen für den inländischen Kunden anbietet, sieht sich wegen des harten Frankens mit dem Problem konfrontiert, dass die Kundenschaft im benachbarten Ausland günstiger einkauft.

Diese Rahmenbedingungen kann der Unternehmer nicht beeinflussen - und auch der Staat kann nur wenig tun. Der Staat und die Politik können aber wenigstens alles unterlassen, was den KMU als wichtigsten Stützpfiler unserer Wirtschaft noch zusätzlich behindert. Dies betrifft die Themen Steuerbelastung, Gebühren, administrative Auflagen und ausufernde Bürokratie.

Problem Lohnnebenkosten

Die Produktionskosten dürfen nicht „hausgemacht“ zusätzlich steigen. Dies bedeutet, dass die Lohnnebenkosten im Auge behalten werden müssen. Zusätzliche lohnabhängige Sozialversicherungs-

Beiträge sind abzulehnen. Die Sozialpartnerschaft ist zu stärken. Gesamtarbeitsverträge sollen die Sozialpartnerschaft definieren. Auf gesetzliche Einengungen wie Mindestlöhne etc. muss verzichtet werden. Die für das Land wichtigen Industrien sind - wo immer möglich - zu fördern. Beispiel: Unsere wichtigste und erfolgreichste Branche, die Pharma-Industrie braucht liberale Forschungsgesetze ebenso wie angepasste Bestimmungen im Bereich des Absatzes der Produkte. Einseitige Preisvorschriften, um die Gesundheitskosten zu senken, sind zu unterlassen. Die Finanzwirtschaft darf nicht wegen der Fehler, die in der Vergangenheit begangen worden sind, zu stark eingeschränkt werden.

Ur-liberale Forderung bleibt aktuell

Und es bleibt die alte und doch immer noch junge und aktuelle Forderung der Liberal-demokratischen Partei: Die Unternehmensbesteuerung muss weiter gesenkt werden. Der Bund und die Nationalbank müssen sich Kompensationsmassnahmen überlegen, um die Verluste, die durch die aktuellen Währungssituation entstanden sind, auszugleichen.

Alle neuen Gesetze müssen auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit überprüft werden. Die Verpflichtung von Personal aus dem Ausland muss der Wirtschaft ohne Einengungen möglich sein, die bestehende Politik mit den Kantons-Kontingenten muss liberalisiert werden, um jederzeit einfach Spezialisten aus dem Ausland rekrutieren zu können. Die Kontakte mit Behörden für Gewerbe und Wirtschaft müssen einfach, d.h. ohne gros-

Ich über mich in Kürze

Ich bin 57 Jahre alt und Vater zweier erwachsenen Töchter. Als eidg. dipl. Malermeister leite ich das Malergeschäft Bürgenmeier AG. Nach 8 Jahre Einwohnerrat in Riehen bin ich seit 1994 Gemeinderat. 2007 wurde ich als Parteipräsident der Liberal-demokratischen Partei gewählt. Daneben bin ich noch Vorstandsmitglied des Handel und Gewerbeverein Riehen und Präsident der Gewerbehaus Riehen AG. Den Ausgleich vom beruflichen und politischen Alltag finde ich bei meinen Grosskindern, beim Tennisspielen oder beim gemütlichen zusammensitzen im Familien und Freundeskreis.

sen Arbeitsaufwand erfolgen können. Die Vorteile, welche der Wirtschaftsstandort Schweiz den Unternehmen bieten kann, dürfen nicht verspielt werden. Die Kompetenzen der Sozialpartner dürfen nicht beschnitten werden, indem gesetzliche Regelungen an Stelle von Vereinbarungen treten.

Eiserne Ausgaben-Disziplin

Mit eiserner Ausgabendisziplin muss die aktuell gute Situation der Finanzen in Basel-Stadt bewahrt und wenn möglich nachhaltig verbessert werden. Gut ist die aktuelle Lage vor allem aufgrund der Konjunktur - das zeigt das jüngst veröffentlichte Budget 2012 für Basel-Stadt. Die erfreulichen Zahlen zeigen ein weiteres - es hat noch „Spatzung“ für Massnahmen:

- Spürbare steuerliche Anreize für den Mittelstand.
- Verbesserungen bei der Vermögenssteuer.
- Steuerliche Erleichterung für Unternehmen.
- Abbau des staatlich verordneten administrativen Aufwandes für den Handel, Dienstleistungen und das Gewerbe.



Eiserne Ausgabendisziplin, Steuersenkungen für das Gewerbe und der Abbau staatlicher bürokratischer Hemmnisse tun not, um der Wirtschaft in schwierigen Zeiten zu helfen, statt sie zu behindern.

Heiner Vischer: Vernünftige Energiepolitik als Basis unserer Zukunft

Der Ausstieg aus der Atomenergie in der Schweiz scheint nach dem Willen des Bundesrates beschlossene Sache zu sein, zudem auch der Ständerat diesem Szenario folgen wird und auch eine Mehrheit der Bevölkerung damit einverstanden zu sein scheint. Dies kann aber nur mit einer vernünftigen Ausstiegspolitik realisiert werden, ansonsten unserem Land unabsehbare Probleme drohen.

Bundesrat und Nationalrat haben beschlossen, dass die Schweizer Energieversorgung mittelfristig atomstromfrei sein soll. Stimmt auch der Ständerat und das Volk diesem Ansinnen zu, würde dies bedeuten, dass die bestehenden fünf Schweizer Kernkraftwerke am Ende ihrer Bewilligungsdauer vom Netz genommen und nicht mehr ersetzt werden. Den Anfang würde Betznau-1 2019 und das Ende Leibstadt 2034 machen. Die Kernergie macht 39%, die Wasserkraft 56% und andere Energieformen (konventionell-thermisch und alternative Energien) lediglich 5% der gesamten Energieproduktion aus.

Wasserkraft ist ausgeschöpft

Da das Potential der Wasserkraft in der Schweiz

weitgehend ausgeschöpft ist, müssen andere Energieformen gesucht und gefunden werden. Gaskombikraftwerke erzeugen zwar Energie mit einem hohen Wirkungsgrad von bis zu 60% (Atomkraftwerke 35% und Wasserkraftwerke 85% - 90%), haben aber den grossen Nachteil, dass sie einen sehr hohen CO₂-Ausstoss produzieren.

Energie aus Wind, Sonne - und Geothermie

Die Windkraft stellt eine weitere Alternative dar. Alleine für die Substitution von Beznau-1 müssten allerdings über 200 Windturbinen mit einem Durchmesser von je 115 Metern Durchmesser bei optimalen Windverhältnissen rund um die Uhr laufen. Auch die Solarkraft kann beim heutigen Entwicklungsstand mit nur einem Wirkungsgrad von 10% nicht

genug Energie produzieren und ist zudem sehr teuer und benötigt neben einer grossen Fläche auch eine optimale Sonneneinstrahlung. Bleibt noch eine weitere, in Basel leider aber verständlicherweise mit einem Stigma belastete Energieproduktionsform: Die Geothermie. Sie hat theoretisch die grösste Kapazität mit der unendlich zur Verfügung stehenden Erdwärme CO₂-freien Strom zu produzieren. Ihr Problem ist aber, dass sie, wie das Beispiel Basel gezeigt hat, nicht in den Agglomerationen eingesetzt werden kann und noch einen grossen Entwicklungsbedarf aufweist.

DIE Lösung gibt es nicht!

Als Naturwissenschaftler und Mitglied der Kommission für Umwelt- Verkehr und Energie des Grossen Rates setze ich mich intensiv mit Energiefragen auseinander. Es ist mir dabei klar geworden, dass es nicht „die“ Lösung gibt, zumal noch zwei weitere Faktoren eine wichtige Rolle spielen: 1. Der Energiebedarf nimmt trotz grossen Sparanstrengungen weiter zu und soll sich laut Bund bis 2050 verdoppeln. Es muss also bis zu diesem Zeitpunkt wesentlich mehr Energie zur Verfügung stehen, als der wegfallende Atomstrom. Und 2. bedeutet eine dezentralere Stromproduktion mit alternativen Kleinanlagen, dass unser Stromverteilnetz in der Schweiz, das momentan bereits 250'000km Länge beträgt, massiv ausgebaut werden muss, was sicherlich einen grossen Unmut in der Bevölkerung auslösen wird. Auch die Erstellung von weiteren Windparks ist in weiten Kreisen aus Umwelt- und Landschaftsschutzgründen umstritten. Kurzfristig wird also die Energielücke nur

Ich über mich in Kürze

Ich bin 55 Jahre alt, unverheiratet und kinderlos. Geboren in Basel und nach Sevögli-Primeli und Realgymnasium Studium der Biologie an der Uni Basel. Promotion und Postdoc verbunden mit einem 7-jährigen USA-Aufenthalt an der University of California in San Diego. Verschiedene Postdoc-Stellen an der Uni Basel und Aufbau eines Biotech Startup Unternehmens. Gründer und Präsident der Stiftung für trinationalen Umweltschutz TRINUM sowie vom Verein Basel Erleben. Seit 2007 im Grossen Rat und Mitglied der UVEK und Regiokommission. Hobbies: Reisen und Kultur

durch den Einsatz von einigen grösseren Gaskombi-Kraftwerken zu schliessen sein. Mittelfristig ist aber unbedingt die Geothermie weiter zu entwickeln und der Anreiz für die Erstellung von weiteren Solaranlagen mit einer adäquaten kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) zu fördern. Dass der Bundesrat die KEV senken möchte, ist sicherlich ein falsches Signal. Abschliessend noch drei wichtige Punkte: 1. Das Volk muss beim Atom-Ausstieg das letzte Wort haben – nur so hat diese gravierende Massnahme die nötige demokratische Legitimität, 2. muss die Energieversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft während des Aus- und Umstieges jederzeit gewährleistet sein und dies zu zumutbaren Preisen und 3. müssen der Bund und die Behörden die Bevölkerung massiv besser über die Komplexität der Neuorientierung bei der künftigen Energieversorgung orientieren und vermehrt auch die Unterstützung der Hochschulen und der ETH in diesen Prozess mit einbeziehen. In Bern werde ich mich zu einer Versachlichung der Diskussion und für eine vernünftige Energiepolitik einsetzen.



Die Jungliberalen: Mit eigener Liste und Schwerpunkt Bildung

Mit einer eigenen Liste treten die Jungliberalen Basel-Stadt zu den Nationalratswahlen an. In ihrem Wahlkampf setzen sie auf ihr Hauptanliegen: Die „Bildungsstadt Basel“ stärken. Die Einzelheiten dazu haben sie jüngst in einer viel beachteten Medienkonferenz vorgestellt. Nachfolgend einige Auszüge aus den dort gemachten Ausführungen.

Wie sieht eigentlich Deine Bildungsstadt Basel aus? Wie sieht Dein Basel der Zukunft aus? Diese beiden Fragen standen diesen Sommer – und werden es auch weiterhin – im Zentrum der Politik der Jungliberalen (JLB).

Angesichts der kommunizierten Sparanstrengungen des Kantons Basel-Landschaft im Bezug auf die Trägerschaft der UNI Basel gibt es für die JLB nur eine Stossrichtung und diese heisst: Wachstum! Neben zahlreichen baulichen Veränderungen, welche einen Teil des Konzeptes darstellen,

lassen sich die Forderungen der JLB folgendermassen umschreiben:

- Bis 2025 soll die Zahl der Studierenden an der Uni Basel von bisher 12'500 auf 25'000 verdoppelt werden.
- Bis 2025 soll die Kapazität der FHNW mit Standort Basel

Ich setze mich für einen starken Bildungsstandort Basel ein und wehre mich als Liberaler gegen die zunehmende Verbotskultur.

Philip Schotland

Mir liegen die Themen Bildung und Kultur sehr am Herzen, die für ein junges Basel unbedingt gefördert werden sollen.

Diana Blome

Ich kenne als Jungliberaler und Student die Bedürfnisse und kann diese auch glaubwürdig in der Politik einbringen.

Michael Hug

Ich will meinen Heimatkanton aber auch die Region für Junge populärer machen. Ich setze mich ein, für einen starken Bildungsraum Nordwestschweiz und die Weiterentwicklung unserer kulturellen Vielfalt.

Michael Wieser

Mein wichtigstes Ziel im Nationalrat ist: Die Schweiz und Basel weiter zu bringen. Als junge Person hat man leider oft das Gefühl, in Bern verstehe man die Jugend nicht.

Remigius Berger

von 6'000 auf 9'000 Studierende erhöht werden. Dabei wird nicht der Ansatz verfolgt, dass grösser automatisch auch besser ist. Viel eher erwarten die JLB mit den formulierten Zielen positive Nebeneffekte für die ganze Stadt, den Kanton und die Nordwestschweiz: Mehr Studierende beleben die Stadt, die Vielfalt in den Quartieren steigt und die lokale Verfügbarkeit von Fachkräften wird erhöht. Dass potenziell mehr Einwohner in der Stadt auch bauliche Veränderungen mit sich bringen, war denn auch Aufhänger für den JLB-Nachtschwärmeranlass, welcher ganz im Zeichen der Stadtentwicklung stand.

So fanden sich am 12. August eine Gruppe Jungliberaler und Junggebliebener zu einer abendlichen Stadtführung unter der Führung von phil. hist. Peter Habicht ein. Dieser entführte uns in das historische Basel zwischen Bahnhof SBB und Barfi und führte uns dabei die kontinuierliche Veränderung der Stadt eindrücklich vor Augen.



Die Kandidaten der Jungliberalen von links nach rechts: Philip Schotland, Präsident JLB, 24, Student; Michael Hug, Kassier JLB, 23, Student; Diana Blome, 24, Studentin; Michael Wieser, Beisitzer JLB, 28, Dipl. Betriebswirtschaftler HF; Remigius Berger, 20, Maturand.

Politische Vorstösse im Jahr 2011

Patricia von Falkenstein:

- Anzug betreffend Durchführung einer Informationskampagne über Energiesparen
- Anzug betreffend Überprüfung und Anpassung der Löhne der Lehrerinnen und Lehrer
- Schriftliche Anfrage betreffend Verkehrssicherheit für Zweiradverkehr in der St. Alban-Vorstadt
- Schriftliche Anfrage betreffend Entlastung der Durchgangsstrassen und Reduktion des Verkehrs auf Zubringer im Geviert St. Jakobs-Strasse - St. Alban-Anlage - Gellertstrasse - Emanuel Büchel-Strasse - Sissacherstrasse

André Auderset

- Anzug betreffend Masterplan Energieversorgung für den Kanton Basel-Stadt
- Schriftliche Anfrage betreffend „Sommer-Gastronomie“
- Schriftliche Anfrage betreffend Gefährdung der Basler Bevölkerung durch freigelassene deutsche „Triebtäter“
- Interpellation betreffend seltsames Rechtsverständnis der Basler Behörden in Sachen „Fümoar“
- Interpellation betreffend unhaltbare Zustände in und um die „Toleranzzone“ Webergasse/Ochsengasse
- Interpellation betreffend Verwüstung des Kinderspitals
- Interpellation betreffend unkollegiales Verhalten einer Regierungsrätin

Heiner Vischer

- Anzug betreffend erneute Abklärungen des Einsatzes von Geothermie zur Wärmegewinnung und Elektrizitäts-Produktion ohne Erdbeben
- Anzug betreffend Urinieren im öffentlichen Raum
- Anzug betreffend überproportionale Einsparungen bei den staatlichen Museen

Starke LDP-Podien

Mit einer Reihe von Podiums-Veranstaltungen brachte die LDP Basel-Stadt diejenigen Themen aufs Tapet, die unter den Nägeln brannten. Im einzelnen waren lauteten die Titel «Basel ist sicher! Sicher?», «Kulturstadt Basel - wie weiter?» und «Freiräume für Jugendliche in Basel - wie weiter?» Hier ein paar Eindrücke.



4010 Basel

PP

Jede Stimme zählt!

Die Wahlen für die fünf Basler Sitze im Nationalrat sind spannend wie nie - aber auch der Ausgang ist unabsehbar wie noch nie. Umso mehr kommt es auf jede Stimme an. Deshalb die Bitte:

- Wählen Sie selbst!
- Motivieren Sie Ihre Familienmitglieder zur Wahl!
- Sprechen Sie Freunde, Arbeitskolleg(inn)en und Vereinskameraden auf die Wahl und die LDP an!

Danke!

Impressum

Spez.-Nr. zu den Nationalratswahlen - Sept. 2011
ISSN 1660-2544

Auflage
2'500 Exemplare

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset
andre.auderset@ldp.ch

Herstellung
Gremper AG, Basel